

«Klimawahlen» Politik ohne politische Couleur

Der Klimawandel ist eine globale Herausforderung. Das Thema wird uns über die Wahlen vom Wochenende hinaus begleiten. Im Vorfeld der Wahlen hatte man mitunter das Gefühl, dass «die Klimawahl» eine Frage der politischen Couleur sei. Wir glauben das nicht. Damit es der Schweiz gelingt, die Dekarbonisierung voranzutreiben, braucht es faktenbasierte Massnahmen und vor allem auch den politischen Dialog. Deshalb hat Axpo im Vorfeld der Wahlen die Internetplattform Klimawahl.ch geschaffen.

Für das grösste Schweizer Energieunternehmen ist das Wahlkampfthema Klima von elementarer Bedeutung. Das Thema ist eng verknüpft mit Fragen rund um die künftige Stromversorgung und Energieproduktion. Wir haben uns deshalb dazu entschieden, allen Kandidierenden eine virtuelle Bühne für das Thema Klimapolitik zur Verfügung zu stellen. Inhaltlich gilt Carte blanche – jede und jeder ist eingeladen, sich an der Diskussion zu beteiligen. Über fünfzig Beiträge von Kandidierenden belegen, dass das Angebot geschätzt und die Diskussion gesucht wird. Das ist ein ermutigendes Zeichen für die Demokratie – und für die Klima- und Energiepolitik.

Im Milizsystem sind Zuwendungen von Firmen an Politiker äusserst delikat

Das politische System der Schweiz ist nach dem Milizsystem organisiert. Es gibt bei uns keine staatliche Parteienfinanzierung. Die Kandidierenden sind auf Spenden von Dritten angewiesen, damit sie einen Wahlkampf führen können. Unternehmen und Organisationen müssen sorgfältig abwägen, wie sie mit den zahlreichen Anfragen nach Unterstützung umgehen. Die Situation ist delikat: Auf der einen Seite stehen die Kritik an mangelnder Transparenz und die Forderung nach egalitärer, staatlich kontrollierter Alimentierung, auf der anderen Seite die Verteidigung von Tradition



Alena Weibel
Head Public Affairs,
Axpo



Thomas Porchet
Leiter Energiepolitik
Schweiz, Axpo

«Damit es der Schweiz gelingt, die Dekarbonisierung voranzutreiben, braucht es den politischen Dialog.»

und der Schutz der Privatsphäre. Sorgfalt und Vorsicht sind umso stärker gefordert, wenn ein Unternehmen in einem stark regulierten Umfeld tätig und im Besitz der öffentlichen Hand ist. Axpo verfolgt deshalb eine strikte und klare Politik und verzichtet auf jede finanzielle Zuwendung an Parteien und ihre Vertreterinnen und Vertreter. Uns ist es aber dennoch wichtig, dass wir auch während der intensiven Wahlkampfzeit – im Sinne eines Bekenntnisses zum Milizsystem – einen Beitrag leisten können.

Das Parlament sollte durch Diskurs zum Allgemeininteresse vorstossen

Wir haben daher einen ganz neuen Weg zur Begleitung der Wahlen gewählt. Die Website Klimawahl.ch ist keine Wahlspende, sondern eine Dialogplattform. Sie geht von der Überzeugung aus, dass nur ein breiter Dialog die Herausforderungen in der künftigen Energie- und Klimapolitik meistern kann. Das Parlament hat die Aufgabe, durch den Diskurs zum Allgemeininteresse vorzustossen. Das kann nur über die Auseinandersetzung von Einzelinteressen erreicht werden. So wird das Parlament zu einer Plattform des Interessenausgleichs.

In der Energie- und Klimapolitik ist das besonders wichtig. Kaum ein Bereich betrifft unser Leben derart unmittelbar. Ist die sichere Stromversorgung gefährdet, steht unser Leben still. Gleichzeitig hat die Energiepolitik einen grossen Einfluss auf die Umwelt. Schon heute ist Axpo die grösste Produzentin von erneuerbarer Energie in der Schweiz und produziert nahezu CO₂-freien Strom. Insgesamt bleibt auch für die Zukunft die Verantwortung gross.

Es liegt uns fern, Wahlempfehlungen abzugeben. Unsere Empfehlung ist lediglich, dass gerade in der Energie- und Klimapolitik ein intensiver, faktenbasierter Dialog weitergehen muss. Wenn die Klimawahl 2019 auch dafür steht, dann haben wir etwas erreicht.

MEHRWERT (133)

Auf Sand gebaut

ESTHER-MIRJAM DE BOER

Es stehen 350 Millionen auf dem Spiel. Das klingt nach viel Geld. Die CVP will mit einem höheren Steuerabzug bei der Bundessteuer Familien mit Kindern entlasten. Damit bleiben einem vierköpfigen Haushalt maximal 910 Franken pro Jahr mehr – ab 200 000 Jahreslohn eines Alleinverdieners und ab 300 000 Bruttoeinkommen, wenn beide Eltern erwerbstätig sind.



Das sei keine Familienvorlage, sagt Bundesrat Ueli Maurer zu Recht; es ist eine Steuererleichterung für die obersten 15 Prozent, die unter dem Deckmäntelchen der Familienpolitik unters Volk gebracht wird. Mit solchen Süßigkeiten lässt sich trefflich Wahlkampf machen – die FDP hat vom geschlossenen Nein zum grossmehrheitlichen Ja gewechselt. Dabei hatte alles recht gut angefangen. Es ging darum, für gut qualifizierte Frauen Erwerbsanreize zu erhöhen und realistische Kosten für die externe Kinderbetreuung abzugsfähig zu machen. Das

«Moderne Familienpolitik bringt Chancengleichheit.»

ist volkswirtschaftlich und langfristig sinnvoll. Wenn man es denn auch kanton- und auf Gemeindeebene umsetzt. Die CVP hat daraus aber – schwupps – ein staatliches Familienentlastungsprogramm gemacht, das keinerlei Wirkung auf die Erwerbstätigkeit hat, sondern nur noch ein klitzekleines Steuergeschenk für Grossverdiener mit Kindern ist. Seien wir ehrlich: Die ganze Idee war auf Sand gebaut. Wenn der Grenzwert für den Steuerabzug bei Doppelverdienern höher ist als bei Einzelverdienern, sind die Erwerbsanreize für das zweite Einkommen negativ. Der Schuss geht also sowieso nach hinten los.

Es gibt ein Steuersystem, das sowohl die Erwerbsanreize für alle arbeitsfähigen Menschen gerechter verteilt, als auch die komische Heiratsstrafe löst: die progressive Individualbesteuerung unabhängig vom Zivilstand. Dieses wesentlich einfachere und fairere Steuersystem führt nachweislich zu einer Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen, weil sich ein zweites Haushaltseinkommen auch finanziell wieder lohnt. Denn Bedarf besteht ja auf dem Arbeitsmarkt mit dem steigenden Fachkräftemangel. Doch die CVP wehrt sich vehement dagegen. Ich habe keine Ahnung, was daran christlich sein soll. Vor Gott sind doch alle Menschen gleich? Moderne Familienpolitik sollte die Chancengleichheit fördern. Bald ist Wahltag.

Esther-Mirjam de Boer, Mitglied Verband Frauenunternehmen, CEO GetDiversity.

Börsenhandel Schweiz verpasst Chance

Die Auseinandersetzung der Schweiz mit der EU bezüglich der Börsenäquivalenz hat einmal mehr gezeigt, dass der Schweizer Finanzmarkt gut daran tut, strategische Überlegungen zur Krisensicherheit des Börsenhandelsplatzes anzustellen. Bevorstehende Unsicherheiten aus dem geostrategischen Powerplay zwischen den USA und China, aber auch die exponierte Lage der Schweiz machen diese Analysen unabdingbar.

Wir müssen unsere Börseninfrastruktur auch ohne EU-Anerkennung sichern

Die Schweiz muss ihre Börseninfrastruktur auch in Zukunft ohne eine mögliche EU-Anerkennung längerfristig aufrechterhalten können. Zur Wahrung eines starken Finanzplatzes hat die Schweiz allen Grund, nebst der Aktivierung des bisher zielführenden Schutzplans zukunftsgerichtete Anreize zu schaffen, um Investitionen in die Schweizer Infrastruktur attraktiv zu halten. Hierzu gehören zweifellos auch die Förderung der Schweizer Handelsplätze sowie die Schaffung von positiven Anreizen, um die Infrastruktur im Inland zu erhalten, damit nicht weitere Geschäfte ins Ausland abwandern.

Es geht dabei nicht nur um den Erhalt des Handels, sondern auch um das Post-Trading. Eine Abwanderung dieser Tätigkeiten ins Ausland trifft die gesamte Wertschöpfungskette auf dem Finanzplatz Schweiz. Wie ein



«Die Wahl des Börsenplatzes ist für die Rendite entscheidend.»

Harald Schnabel
CEO, BX Swiss

Blick in die Steuerstatistik der Umsatzabgabe zeigt, wird heute ein Grossteil der Abgaben über Geschäfte an ausländischen Handelsplätzen generiert. Das Potenzial an zusätzlichem Handelsvolumen für die Schweiz dürfte entsprechend gross sein.

Die Förderung von mehreren Handelsplätzen in der Schweiz bringt auch für Kunden Preisvorteile. Im Umfeld von Negativzinsen und weltweiter Konjunktunsicherheit sind die Schweizer Finanzinstitute unter Margendruck geraten. In der Folge sind seit Ausbruch der Finanzkrise die Gebühren für Finanzdienstleistungen kontinuierlich gestiegen.

Zur Verbesserung der Rendite ist für den Anleger die Wahl des Börsenplatzes entscheidend. Nebst den Kosten für die Ausführung und die Gebühren der Banken wirken sich auch die jeweiligen Wechselkursgebühren auf die Gesamtrendite aus. Bei einer Transaktion über 100 000 Franken kann bereits eine Gebühr von wenigen Basispunkten zu Kosten von mehreren hundert Fran-

ken führen. Das Handeln im Inland holt entsprechend nicht nur Umsätze in die Schweiz zurück, sondern Anleger sparen auch bei Wechselgebühren und Auslandspeisen.

Eine Förderung der Schweizer Handelsplätze bringt mehr Wettbewerb

Umso mehr ist es zu bedauern, dass die Schweizer Behörden keine wirkungsvolleren Vorgaben zur bestmöglichen Ausführung von Kundenaufträgen gesetzlich verankern wollen. Insbesondere ist es eine verpasste Chance, dass der Entwurf für die Verordnung zum Finanzdienstleistungsgesetz keine verbindliche Pflicht zu einem Vergleich der für das betreffende Finanzinstrument relevanten Ausführungsplätze fordert.

Mit der Förderung der schweizerischen Handelsplätze können zwei Ziele erreicht werden: mehr Sicherheit und mehr Wettbewerb.

DIALOG



HZ online 10.10.2019
«So zufrieden oder unzufrieden sind Schweizer im Job – auffallend sind die SBB»
Ja, aufgrund des hohen und vor allem teuren Lebensstandards in der Schweiz sind sehr viele gezwungen, in Jobs zu arbeiten, die sie eigentlich gar nicht machen wollen. Sicherlich führen auch die Bildung und Ausbildung, die man hat oder nicht hat, dazu, in Jobs zu landen, wo man nicht arbeiten will bezie-

ungsweise in Jobs, die sonst keiner machen will
Karsten-Frank Itermann

Bei den SBB sind die Kunden unzufrieden, aber scheint die ja nicht zu interessieren, nur zahlen muss man immer.
Christina Botta

In der Schweiz kann man von der Arbeit aber noch leben.
Thomas Mulder



HZ Nr. 41 10.10.2019
«Die Politiker wollen nicht Klimaschutz – sie wollen neue Steuern»
«Moralisch verpackt wird die Umwelt- und Verteilungspolitik (...) – man sollte das aber nicht nur einseitig für Rechte, sondern auch für Pflichten tun: Weil der Staat allen gehört, sollten auch alle gleich viel Steuern bezahlen.» Eichenberger @handelszeitung
Natasja Sommer @natasja_sommer

«Es gibt keine #Kostenwahrheit in der #Klimadebatte. Wer etwa Flugpassagiere einfach auf den #Schienenverkehr lenkt, schadet der Allgemeinheit», so Reiner Eichenberger, Professor für Finanz- und #Wirtschaftspolitik @Unifreiburg
Rudolf Mohler @rudolf_mohler

Genau so ist es. Es ging noch nie um das Klima oder unseren Planeten. Alles eine riesen Lüge und der Staat kann fett kassieren.
Chris Deerman @Deerman_chris



HZ online 11.10.2019
«Über-Fahrer verdienen 21 Franken pro Stunde»
Über gehört abgeschafft! Es kann nicht sein, dass Taxigesellschaften Chauffeure anstellen müssen, die über eine Prüfung der Kategorie B berufsmässiger Personentransport verfügen müssen, und bei Uber kann jeder fahren, der die einfache Kategorie B hat! Das ist nicht fair. Genf macht das richtig. Uber muss die gleichen Rechte und Pflichten haben wie

andere Taxibetriebe auch, um diese Dienstleistung des Personentransports anzubieten! Und das sind die Hürden, die Uber meint! Ein Taxichauffeur muss eine Theorie- und eine praktische Fahrprüfung ablegen zur bestehenden Kategorie B. Zudem muss er in Städten eine schriftliche und praktische Ortskenntnisprüfung ablegen. Dann muss er alle fünf Jahre einen Gesundheitscheck bei einem Arzt machen; dieser Gesundheitscheck hat eine höhere Voraussetzung als beim normalen Autofahrer.
Patrick Birchler

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung ist uns wichtig. Wir freuen uns über Kritik, Lob und Anregungen über folgende Kanäle:
@ **E-Mail:** redaktion@handelszeitung.ch
@ **Twitter:** twitter.com/handelszeitung
@ **Facebook:** facebook.com/handelszeitung
@ **Online:** Posten Sie Ihre Meinung auf www.handelszeitung.ch unter einen Artikel